

**OFFENER BRIEF**

**Komitee für Grundrechte  
und Demokratie e.V.**  
50670 Köln  
[www.grundrechtekomitee.de](http://www.grundrechtekomitee.de)

**An den Leiter des Sicherheitsdienstes im Hbf.Frankfurt  
An den Leiter der Bundespolizei im Hbf.Frankfurt**

**Sehr geehrte Herren,**

17.09.2015

Unser Komitee ist unter anderem bekannt für das Konzept und die Praxis der Demonstrations- und Prozessbeobachtungen. Deshalb werden unsere Mitglieder immer wieder dazu aufgefordert, in angespannten Situationen zugegen zu sein und ggf. Provokationen oder Willkür, aber auch Kooperation und De-Eskalation zu protokollieren.

**Im Frankfurter Hauptbahnhof wurden zwei unserer Beobachter Zeugen, wie Bundespolizei und DB--Sicherheit ein Hausverbot gegen eine Flüchtlingshelferin erteilt, Die Umstände und Begründungen sind in mehrfacher Weise skandalös, wie wir unten zeigen werden**

**Wir möchten die Verantwortlichen dringend bitten, dass dieses Hausverbot umgehend zurückgenommen wird.**

Am Dienstag, dem 15.09.2015, wurden mittags einige unserer Frankfurter Demonstrationsbeobachter dringend gebeten, gleich an den Hauptbahnhof zu kommen, wo sich die Lage der Flüchtlinge seit einigen Stunden zugespitzt habe: Die ankommenden Flüchtlinge würden, anders als die Tage zuvor, erkennungsdienstlich behandelt, registriert und abgeführt – teilweise sei es dabei auf den Gleisen und beim Abtransport in Busse zu einer harschen Behandlung durch die Bundespolizei gekommen. Frau Kirsten Huckenbeck (MigrAr Frankfurt, Dozentin an der FRA UAS) begab sich gleich vor Ort (Siehe Bericht im Anhang).

Als nachts überraschend ein Sonderzug angekündigt wurde, fuhren auch Frau Helga Dieter (Diplom-Supervisorin) und Herr Richard Ullmer (Dipl.Volkswirt) von 1.00 bis 2.30 an den Bahnhof. (Siehe Bericht im Anhang).

Ebenso wie anderenorts sind in Frankfurt zur Zeit Tausende von Flüchtlingen gestrandet oder auf der Durchreise. Ohne die spontane Hilfsbereitschaft und ehrenamtliche Arbeit durch große Teile der Bevölkerung wären die unmittelbar mit der Ankunft der Flüchtlinge verbundenen Probleme nicht zu bewältigen.

**Maßgeblich beteiligt an der schnell funktionsfähigen Organisationsstruktur war Frau Barani.**

Das Hausverbot gegen Frau Barani beruht, nach Angabe eines Bundespolizisten, auf der Aussage eines anonymen Informanten unter den Helfern (!). Demzufolge habe sie „Hetze“ verbreitet, indem sie „fragida“ (= pegida) kritisiert habe. (!) Auf Betreiben des Polizisten erteilte die Frau des DB-Sicherheitsdienstes nachts um 2.30 Uhr ein Hausverbot wegen „Störung des Betriebsfriedens“. Die beiden Bürgerrechtler, die sich vorgestellt hatten, gaben ihrer Irritation Ausdruck. **Der politische Skandal ist nicht nur das Hausverbot, sondern die selbstverständliche Zusammenarbeit der Polizei mit Denunzianten, die Gleichsetzung der Kritik an pegida mit Hetze und der Mangel an demokratischem Bewusstsein in diesem sensiblen Arbeitsfeld. (siehe Seite 4)**

Juristisch ist dieses Hausverbot ohnehin nicht haltbar, denn das BVerfG hat in seinem Urteil zum Frankfurter Flughafen einen entsprechenden Sachverhalt höchstrichterlich und eindeutig geklärt. [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20110222\\_1bvr069906.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20110222_1bvr069906.html)

Damit Sie sich über Frau Baranis angebliche «Hetze» ein Bild machen können, legen wir die Beobachtungsberichte bei.

**Mit freundlichen Grüßen Helga Dieter, Kirsten Huckenbeck, Richard Ullmer**

**HELGA DIETER**

**Tel. 069 7892525**

**ubihedi@t-online.de**

Flussgasse 8, D- 60489 Frankfurt

Mitglied im Komitee-Vorstand und Trägerin verschiedener Menschenrechtspreise

**Kirsten Huckenbeck**

**Kurzprotokoll meines Besuchs bei den Flüchtlingen am Frankfurter Hauptbahnhof  
und des Gesprächs mit der Bundespolizei.**

**Dienstag, den 15.09.2015, von 15.30-16.45**

HelferInnen berichteten, dass die Polizei Flüchtlinge auf den Gleisen abfängt und nach Gleis 24 eskortiert, wo sie in verschiedenen Räumen der Bundespolizei verschwinden. Es habe z.T. übergriffige, recht ruppige Behandlungen gegeben bei Leibesvisitationen und auch der Tonfall sei nicht sehr zivilisiert gewesen. Da unklar war, warum seit heute eine Registrierung erfolgt und warum die Flüchtlinge bei den Kontrollen in unterschiedliche Gebäudeteile gebracht werden, habe ich ein Gespräch mit der Chefin der Bundespolizei am Hbf gesucht. Gefragt, warum die Polizei die Flüchtlinge registriert, antwortete diese, dass ihr selbst die Hände gebunden seien und sie Verständnis für die Flüchtlinge habe. In Ffm habe sich jedoch ein Krisenstab aus Stadt, Polizei, Feuerwehr etc. gebildet, der gemäß "Legalitätsprinzip" auf die seit Sonntag geltende restriktive Umsetzung der EU-Richtlinien und -Gesetze (Schengen-Abkommen, Dublin-Abkommen) auch in Ffm achte. Alle Ankommenden würden dementsprechend erfasst, ihre Papiere/Identität überprüft, um festzustellen, ob es sich um den strafrechtlich relevanten Tatbestand des illegalen Grenzübertritts handle, und es werde eine Registrierung vorgenommen (Fingerabdrücke etc.). Anschließend würden Busse bestellt, um die Flüchtlinge in die Auffanglager zu bringen - zur Zeit ist dies wohl Kalbach. Ich habe sie gefragt, ob sichergestellt sei, dass genügend Dolmetscher vorhanden seien. Das ist offenbar nicht der Fall - die Polizei sei räumlich und personell überlastet, so die Auskunft. Des Weiteren habe ich gefragt, ob sichergestellt sei, dass die Ankommenden über die Bedeutung der Registrierung informiert würden und ob in der Prozedur klar sei, dass sie hier ggf. auch angeben müssten, wenn sie Asyl beantragen wollen. Auch das ist nicht der Fall - O-Ton: "Niemand muss hier Asyl beantragen". Ich habe der Beamtin daraufhin berichtet, dass Geflüchtete nicht wussten, was "Registrierung" bedeutet, und dass sie nicht darüber informiert waren, dass sie ihr Asylgesuch nennen müssen, wenn sie Asyl beantragen wollen. (Das hatte ein Flüchtling in meiner Gegenwart berichtet.) Die Beamtin hat darauf hingewiesen, dass sämtliche Festgenommenen nach ihrer Registrierung in die Auffanglager gebracht würden, wo die eigentlichen ErstaufnahmeprozEDUREN ordnungsgemäß vorgenommen würden.

Abschließend habe ich sie nach den Leibesvisitationen und den Berichten über die teils rabiate Behandlung von Flüchtlingen gefragt. Sie hat darauf hingewiesen, dass im Zuge der Beschlüsse des Innenministeriums auch auf sicherheitsrelevante Aspekte geachtet werden müsse - deshalb die Leibesvisitationen. Zu der ruppigen Behandlung hat sie sich nicht geäußert. Soweit das Gespräch mit der Bundespolizei.

Anm.: Ohne qualifizierte Übersetzung, basale Informationen über die Umstände der Registrierung und die rechtliche Situation sind rechtliche Standards nicht gewährleistet. Die Angaben können weitreichende Folgen für das weitere Verfahren und Leben dieser Menschen haben.

Kirsten Huckenbeck  
Redakteurin / Dozentin FB 4 FRA AUS  
Büro Niddastr. 64, VH, 4. OG  
60329 Frankfurt Tel.: +49 (0)69 - 67 99 84

**Helga Dieter**

**Richard Ullmer**

**Protokoll der Beobachtungen am Gleis 24 des Hbf. Frankfurt  
Hausverbot für eine Flüchtlings-Helferin**

**17.09.2015**

Das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ wurde mehrfach gebeten, die Zustände am Frankfurter Hauptbahnhof zu beobachten und zu dokumentieren. Am 16.9. sollte nachts ein Sonderzug mit Flüchtlingen kommen. Helga Dieter und Richard Ullmer gingen zum Gleis 24, das mit Signalband abgesperrt war. Auf dem Fußboden lagen ca. 50-70 Menschen, meist junge Männer, aber auch Frauen mit Säuglingen, auf dem bloßen Betonboden des Bahnsteigs. Fast alle unter weißen Decken, die kaum jemand schlief.

Frau Barani, die in Frankfurt als Aktivistin gegen Rechts bekannt ist, erklärte uns::

Die von den letzten Transporten hier verbliebenen Menschen hofften meist darauf, von Verwandten abgeholt zu werden oder zu solchen nach Belgien oder Schweden weiterreisen zu können. Letzte Woche seien die Flüchtlinge nicht registriert worden, doch am Nachmittag sei damit begonnen worden – oft ziemlich rüde. Es sei politisch widersinnig, andere Länder zu größeren Aufnahme-Kontingenten zu drängen, aber diejenigen, die zu Verwandten ins Ausland wollten, hier zur Registrierung zu zwingen. Mit dieser Registrierung gelte Deutschland als Einreiseland, und sie könnten nicht weiterreisen. Vielen sei das nicht klar gewesen als sie registriert wurden. Auch über die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen, seien sie nicht aufgeklärt worden. Wer noch Fragen stellen wollte, sei in Richtung des Büros geschubst worden. Sie selbst sei von der Polizei am Fotografieren gehindert worden.

In dieser Nacht werde seit einer Stunde ein Transport aus München mit 450 Menschen erwartet. Aber es seien keine Busse zu sehen. Am Wochenende seien hundert Menschen in einem einzigen Pendelbus in die verschiedenen Unterkünfte in der Region gefahren worden. Das habe Stunden gedauert. Kinder ohne Schuhe hätten auf dem blanken Bahnsteig gesessen.

Wir konnten dann sehen, dass es inzwischen genug Schuhe und Kleidung gab, die auf langen Tischen am Rand des Gleises lag und von Frauen sortiert wurde. Daneben schmierten andere Berge von Broten. Eine erklärt uns: Das seien fast alles Spenden, die die Helfer erbettelt hätten, sie müssten nehmen, was kommt. Sie versuchten Lunchpakete in Tüten zu packen. Man wisse nicht, ob die Leute vor der Abreise in München etwas zum Essen erhalten hätten und ob Babies mitkämen – für die jedoch sei keine Verpflegung da.

Die Zuständigen würden sich auf die freiwilligen Helfer verlassen. Die hätten neulich bei einem Großtransport Signalwesten der Feuerwehr erhalten. Das habe so ausgesehen, als gäbe es viele professionelle HelferInnen. Die Freiwilligen seien sehr engagiert, aber häufig übermüdet und emotional erschüttert.

Es war für uns nicht ganz einfach, die HelferInnen von den Flüchtlingen zu unterscheiden, denn auch die HelferInnen schienen oft arabischer Abstammung zu sein. Auch die „typisch deutsch“ Aussehenden waren junge Leute, vielleicht sind am Tag auch ältere dabei. In Anbetracht der Tatsache, dass hier ein großer Flüchtlingstransport erwartet wurde, waren es nicht viele, höchstens 20. Dazwischen 3-5 mit Westen der Feuerwehr. Sie arbeiteten hinter den Tischen mit Kleidung und Essen. Manche saßen übermüdet auf dem Mauersims des Bahnhofsgebäudes. Auch mir (H.D.) taten nach zwei Stunden die Beine weh bei diesem überraschenden nächtlichen Ausflug. Deshalb merkte ich nun, dass es weder für die Flüchtlinge noch für die Helfer irgendwelche Sitzgelegenheiten gab. Entweder man stand oder lag auf dem Fußboden – manche offenbar seit Tagen.

Während dieser Erklärungen standen wir am Eingang zum Gleis 24. Zeitweise gesellten sich andere Zuhörer dazu. Mehrfach wurden wir gefragt, ob wir von der Presse seien. Die Zeitungen seien voll mit dem Thema Flüchtlinge, aber hierher verirrte sich kaum noch ein Reporter. Mehrere Freiwillige unterbrachen das Gespräch, weil sie praktische Fragen an Frau Barani hatten. Sie schien eine wichtige Rolle in der Logistik zu spielen.

Es seien, so berichteten die Anwesenden weiter, nicht nur Flüchtlinge, die nach Frankfurt kämen, sondern auch viele Züge nach Norden machten hier Station. Das Problem der Freiwilligen sei, dass sie häufig nicht informiert würden. Das hänge oft von Einzelpersonen ab. Der heutige Ein

satzleiter sei sehr freundlich und kooperativ. Er wisse die Unterstützung der Freiwilligen zu schätzen, ohne die er aufgeschmissen wäre. Aber er selbst schein auch nicht gut informiert zu sein und noch weniger Entscheidungskompetenz zu haben. Sie nannte als Beispiel: „Der Zug, auf den wir warten, sollte schon vor zwei Uhr da sein. Aber es scheint noch nicht klar zu sein, ob der Zug vom Flughafen direkt nach Wiesbaden fährt, und die Flüchtlinge dann gar nicht hierher kommen Dann würden 450 Lunchpakete vergammeln. Oder ob sie von hier mit Bussen fahren, ob sie dann gleich alle in die Busse passen oder viele hier bleiben und warten, bis wieder Busse kommen. Manche der Offiziellen von Feuerwehr und THW, aber auch der Bundespolizei und Bundesbahn teilten den Freiwilligen den Stand der Dinge mit, weil die ja auch planen müssen, andere würden ihnen keine Auskunft geben nach dem Motto: Das geht Sie gar nichts an!.

Wir gingen zum Einsatzleiter, einem jungen Feuerwehrmann (Rosenbaum o.ä). Er telefonierte. Soweit wir mithören konnten, schien tatsächlich noch nicht klar zu sein, ob der Zug direkt nach Wiesbaden fährt oder Busse eingesetzt werden. Es seien 9 Busse angefordert. Decken gäbe es auch - aber nicht genug, denn im Zug seien 50 Personen mehr, also ca. 500. Polizisten, die neben uns standen, fragten wir, ob eine Personen-Registrierung geplant sei, wie sie heute mittag erstmals durchgeführt wurde. „Nein“, war die Antwort, „sie sollen gleich weiter – und zwar familienorientiert“.

Ich spürte Alter und Zipperlein und wollte gegen 2.30 Uhr nur noch nach Hause. Eine junge Frau kam aufgeregt auf uns zu: Die Polizei habe Frau Barani soeben ein Hausverbot erteilt. Diese stand tatsächlich in einer Gruppe von fünf Uniformierten der Bundespolizei bzw. der DB-Sicherheit.

Sie führte gerade eine Diskussion mit den Beamten wegen der Rechtsgrundlage der Maßnahme. Ihre Schlagfertigkeit, Rechtskenntnisse und Ironie brachte die Beamten auf, besonders einen (mittelgroßer Glatzkopf, der seinen Namen nicht d).

- H.D. Was ist denn eigentlich Anlass für ein Hausverbot?  
B-Polizei Die Frau hetzt hier die Leute auf mit politischen Parolen.  
A.B. Gibt es im Bahnhof keine Meinungsfreiheit?  
H.D.: Wann soll denn das gewesen sein?  
B-Polizei Na heute, jetzt.  
H.D. Aber wir waren doch die ganze Zeit zusammen. Was soll sie denn gesagt haben?  
B-Polizei Gegen Fragida hat sie gehetzt (gemeint:- die Frankfurter Pegida)  
A.B.: Darf man im Bahnhof nichts gegen Nazis sagen?  
H.D. Wie bitte? Gegen Fragida? Sie hat uns die ganze Zeit hier informiert. Da war von fragida keine Rede. Und ausgerechnet deshalb wollen Sie ein Hausverbot erteilen?  
B-Polizei: Nicht die Polizei. Hier hat die Bahn das Hausrecht. (Deutet auf die DB-Frau)  
H.D.: Haben Sie das gehört, die Hetze?  
DB-Frau: Nein, das hat uns die Bundespolizei gesagt. (Deutet auf den B-Polizisten.)  
H.D. zu ihm: Woher haben Sie denn die Information?  
BP Beamter: Meinen Informanten werde ich Ihnen nicht sagen. (Deutet auf den Bahnsteig.)  
H.D. Von einem Freiwilligen?  
B-Polizei Ja, was geht Sie das an? Ist doch egal. Sie hetzt die Leute auf. Außerdem hat sie schon früher unsere Arbeit behindert.  
A.B. Weil ich gefilmt habe, als hier Flüchtlinge rumgeschubst wurden.  
BP Beamter: Es gibt ein Recht am eigenen Bild  
A.B. Nicht, wenn Sie Flüchtlinge drangsaliieren.  
BP Beamter: Wir können Sie auch in polizeiliches Gewahrsam nehmen!  
A.B. weigert sich, ein Schriftstück der DB-Frau zu unterschreiben und geht aus dem Bahnhof..

Auf dem Weg zum Taxi treffen wir Frau Barani. Ich (H.D.) frage, was das denn heißen sollte, dass ein Helfer sie wegen einer Anti-Fragida-Äußerung denunziert habe.

Sie meint, das könne durchaus sein. Es gäbe unter den Helfern auch ein paar obskure Leute, die sich der Polizei anbiederten. **Die Flüchtlingsbetreuung sei schließlich in nächster Zeit Big Business. Da würden im Moment alle möglichen Leute Vereine und Firmen gründen. Die sähen das ehrenamtliche, humanitäre und politische Engagement als Konkurrenz...**